

Zeitsprecher Nr. 22.

Die „Sächsische Selbstzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 2.— Mk., monatlich 70 Pfg. Durch die Post vierteljährlich 2.10 Mk. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummern 12 Pfg. Alle Kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Selbstzeitung“ an.

Tägliche Roman-Beilage: „Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Selbstzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Teil-Abz.: Elbzeitung

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Lokalpreis für die 5 gespaltene Zeile über deren Raum 15 Pfg., bei auswärtigen Inseraten 20 Pfg. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Vereinbarung).

„Eingeladene“ und „Reklame“ 50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Tägliche Roman-Beilage „Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Feuer oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Verlesung oder der Verberührung der Druckmaschinen) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Inseraten-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Zankstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Woff; in Frankfurt a. M.: G. L. Dausse & Co.

Nr. 21

Bad Schandau, Sonnabend, den 16. Februar 1918

62. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Alle bisherigen Gemeindevorstände und Ersatzmänner des Amtsgerichtsbezirks, die auf die Zeit vom 1. Januar 1918 bis mit dem 31. Dezember 1920 wiedergewählt oder wiederbestimmt worden sind, werden hiermit unter Hinweis auf das Gelöbnis treuer und gewissenhafter Pflichterfüllung bei ihrer früheren Verpflichtung erneut zu diesen Ämtern bestellt.

Von der Wiederbestellung werden die Gemeindevorstände, die Ersatzmänner und die Gemeindevorstände nur hierdurch benachrichtigt.

Schandau, am 14. Februar 1918.

Das Kgl. Amtsgericht.

Es sind verpflichtet worden Herr Wirtschaftsbefizer

August Otto Frißsche in Altendorf,

Herr Wirtschaftsbefizer

Heinrich Otto Henke, daselbst,

ersterer als Ortsrichter, letzterer als Gerichtsschöppe für Altendorf.

Schandau, am 14. Februar 1918.

Königl. Amtsgericht.

Lebensmittel betr.

Sonnabend, den 16. Februar:

Kartoffeln — bei Haase — auf Bezirkskartoffelmarke 8, Menge und Preis wie bisher;

von mittags 1—1/2 Uhr bei Werner

Dän. Kalkeier — zum Rohessen und Kochen nicht geeignet — auf die vom Stadtrat abgestempelte Eierkarte entfällt ein Stück, Preis 45 Pfg. das Stück, außerdem wird noch die Lebensmittelmarke Nr. 16 mit 1 Ei nachbestellert.

Montag, den 18. Februar:

Nimbeersaft mit Zucker — in allen bekannten Geschäften auf Lebensmittelmarke Nr. 24 150 Gramm, Preis Mk. 3.40 das Pfund.

Reste können freihändig verkauft werden.

Schandau, am 15. Februar 1918.

Der Stadtrat.

Fortsetzung des ämtlichen Teiles in der Beilage.

Nichtamtlicher Teil.

Geht es abwärts?

Englische Beobachter sind es, die behaupten, daß Lloyd George nach seiner letzten Rede im Unterhause den Eindruck eines müden, abgearbeiteten, von der Sieghaftigkeit seiner Sache nicht mehr überzeugten Mannes gemacht habe. Als er den Stuhlsaal verließ, seien seine Kollegen in höchst niedergeschlagener Stimmung zurückgeblieben, und man habe das Gefühl gehabt, als ob eine politische Krise in der Luft wäre. Es scheint danach, daß man sich auf Überraschungen in England gefaßt machen muß; es wäre nicht das erste Mal, daß Wetterzeichen in der Heimat einer militärischen Katastrophe im Felde voranzuleuchten. Sucht man den Ursachen des Mißbehagens nachzugehen, das im englischen Volke nach irgendeiner Entscheidung drängt, so sind es anscheinend die Beschlüsse des Versailler Kriegsrats, denen man kein volles Vertrauen entgegenbringen mag. Nicht die stolze Verklönerung, daß der Krieg trotz aller Friedensangebote der Mittelmächte mit äußerster Kraft weitergeführt werden würde, an dieser unerbittlichen Diktatorie hat die öffentliche Meinung in England gar nichts auszuweichen. Aber aus den heftigen, streng geheim gehaltenen Abmachungen scheint manches durchgesehen zu sein, was die kritischer veranlagten Gemüter in höchstem Maße beunruhigt. In ihrem Namen hat Asquith den Ministerpräsidenten um Aufklärung. Dieser aber hüllte sich in den Mantel des Staatsgeheimnisses und beschränkte förmlich das Unterhaus, nicht weiter in ihn zu dringen, wenn er nicht dem Feinde die allerwichtigsten Fingerzeige für das, was das Frühjahr ihm bringen solle, vermitteln wolle. Dazu könne und werde er seine Hand nicht bieten, und wenn das Parlament sich in dieser Frage nicht hinter ihn stelle, dann müßte er sich eine andere Regierung suchen. Haig und Robertson, die beiden Oberbefehlshaber des britischen Heeres, seien bei den Beratungen in Versailles natürlich zugegen gewesen, und wenn man kein Vertrauen habe, dann müßten auch diese beiden Männer erfragt werden. Wenn aber die Presse sich dieser Angelegenheit bemächtigen wolle, so hieße das die Führung des Krieges unmöglich zu machen. Die Lösung müsse jetzt heißen: Schluß mit der Debatte: er wenigstens werde sich an ihr nicht länger beteiligen.

Es geht also um die militärische Führung auf der Entente-Seite, soviel ist klar. Man weiß nicht erst seit heute, daß die Leistungen der Haig und Robertson namentlich seit der letzten, blutig gescheiterten Flandernoffensive von heimischen Sachverständigen heftig bekräftigt werden, denen das Herz zittert bei dem Gedanken, daß diesen Männern auch die voraussichtlich endgültigen Entscheidungen des Jahres 1918 anvertraut bleiben sollen. Und deshalb scheint man in London bis auf weiteres entschlossen zu sein, nicht still zu halten, trotz der lebhaften Bitten Lloyd Georges; es steht eben zuviel auf dem Spiel. Die „Daily News“ betonen die Notwendigkeit, die Angelegenheit bis auf den Grund zu prüfen. Vor allem müsse das Unterhaus erfahren, ob die britischen Heerführer dem französischen Oberbefehl unterstellt worden sind. Das Blatt nennt in diesem Zusammenhang den Namen des Generals Rivelle, der, wenn wir nicht tären, in Frankreich als „Bluthund“ gekennzeichnet wurde — Verdun'schen Angelegenheit. Wenn wirklich er und nicht der General Foch an die Spitze der Westarmee gestellt sein sollte, so wäre allerdings zu begreifen, daß man in England den kommenden Ereignissen nur mit Schrecken entgegensteht. Das Blatt verlangt bessere Gründe als die bisher gebürten für die Wahl gerade dieses Mannes, die es als Ausflüchte abtut. Auch den Einwand will es nicht gelten lassen, daß

es sich um eine abgemachte Sache handle und daß man keine Ungelegenheiten gegenüber den Bundesgenossen herbeiführen dürfe. Wenn das Parlament nicht konsequent und entschlossen handle, werde es noch zu ganz anderen Ungelegenheiten kommen. Es müsse, gehehe was da wolle, deutlich gemacht werden, daß England von Westminster und nicht von Versailles regiert werde.

Das sind scharfe Worte, die unmöglich ohne Echo bleiben können. Sie lassen erkennen, wie gering in Wahrheit das gegenseitige Vertrauen der Bundesgenossen auf ihre militärische Zuverlässigkeit ist, und was man von den pomphaften Erklärungen zu halten hat, mit denen sie regelmäßig nach ihren Konferenzen und Zusammenkünften auseinandergesprochen. Wenn schon Lloyd George die Geister in der Heimat nicht mehr beherrschen kann, dann muß es unfehlbar abwärts gehen mit der Siegeszuversicht in England. Für die bevorstehenden Entscheidungskämpfe im Westen just die rechte Stimmung!

Scharfe Stimmung gegen Lloyd George.

Eine Anzahl Londoner Blätter, vor allem der radikale „Star“, behaupten, die Stellung des Kabinetts Lloyd George sei stark erschüttert. Das Ansehen des Ministerpräsidenten habe Mittwoch einen erheblichen Stoß bekommen, daran sei nicht zu zweifeln. Der Schriftleiter der „Daily News“, Gardiner, richtete einen offenen Brief an den Leiter der liberalen Partei. Der Brief ist eine äußerst vernichtende Anklagechrift gegen die Regierung Lloyd Georges, deren unfauberes Zustandekommen mit Hilfe der seit Kriegsbeginn bestehenden Verbindung zwischen Lloyd George und Northcliffe und deren Amtsführung mittels einer Ekel erregenden Briefsammlung der Schreiber in den schärfsten Ausdrücken geißelt. Gardiner wirft dem Ministerpräsidenten Günstlingswirtschaft, Mäntel, Ausschaltung des Parlaments und unheilvolle Gelegenheitspolitik ohne große Gedanken vor. Das Volk habe alles Vertrauen in die Regierung verloren, die in bezug auf die Kriegsziele stets Unaufrichtigkeit gezeigt habe. „Wir wollen“, sagt Gardiner, „keine Annexionen, keine Kriegsschädigung zur Strafe. Wir wollen das Schwert vernichten, um die Grundlage für einen Völkervertrag zu legen, um die Lehre der Selbstbestimmung in allen Ländern durchzuführen, um die Abrüstung zu erzwingen und einen Völkervertrag zu gründen und um unsern Kindern die Möglichkeit einer besseren Erbschaft zu geben, als der einer für den ewigen Krieg organisierten Welt.“ Die liberale Partei dürfe nicht länger stillsitzen und dem Parlaradies der jetzigen Regierung länger zusehen. Sie dürfe das bedrohliche Versailler Geheimnis nicht geduldig hinnehmen und sich nicht mit der Phrase, daß Offenheit nicht im öffentlichen Interesse liege, abspäßen lassen, wo Männer, die keine Partei hinter sich hätten, politisch bankrott seien und mit der Hungersnot und mit Millionen Menschenleben spielten. England brauche eine Regierung, die volles Vertrauen des Volkes besitze und unzweideutig für die Grundsätze: Keine Annexionen, keine Kriegsschädigung als Strafe, nationale Selbstbestimmung und Völkervertrag einträte. Gardiner schließt: Die erste Voraussetzung eines reinlichen Friedens ist, daß wir eine reinliche Regierung haben.

Balfour sucht zu retten.

Im Unterhause versuchte Mittwoch der Minister des Auswärtigen Balfour der bedrohten Regierung neue Stützen zu geben. Er wandte sich gegen die Angriffe mehrerer Abgeordneten auf den obersten Kriegsrat in Versailles. Dieser sei in erster Linie zur Besprechung der

großen militärischen Fragen zusammengelassen und habe eine Erklärung über die Schlüsse aus den Reden Hertlings und Czernins abgegeben, er habe aber nicht die Kriegsziele besprochen. In den Reden Hertlings und Czernins habe der oberste Kriegsrat keine Friedensannäherung gefunden. Es habe keinen Sinn, der Regierung vorzuschweren, sie bediene sich nicht diplomatischer Mittel. Das hätte nur dann Zweck, wenn man mit einem Volke zu tun habe, das entschlossen sei, zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Die Mittelmächte hätten aber offen gezeigt, daß sie keine solche Absicht hätten.

Nach den Äußerungen der Presse hat diese Wiederholung aus den satfam bekannten Kriegsbreden Lloyd Georges durch Balfour die gegen das Kabinett herrschende Mißstimmung in keiner Weise beschwichtigt oder eingedämmt.

Lloyd George will keinen Frieden.

England hält an seinen Kriegsziele fest. Das englische Unterhaus trat nach kurzer Pause wieder zusammen. In der Thronrede führte der König u. a. aus, es sei die Pflicht Englands den Krieg bis zum Siege, den Krieg mit aller Kraft fortzusetzen.

Bei der Erörterung der Thronrede erklärte Premierminister Lloyd George, daß in den jüngsten Reden der Feinde nichts zu entdecken sei, was darauf hindeuten könnte, daß die Mittelmächte bereit wären, auf christlicher Grundlage Frieden zu schließen. Die englische Regierung weiche nicht im geringsten von ihrer Erklärung über die Kriegsziele ab, die vom Lande als ehrlich und gerecht anerkannt seien.

Das Haus stimmt der Erklärung zu, daß der Krieg mit äußerster Kraftanstrengung weiter geführt werden müsse, bis die Mittelmächte die Kriegsziele der Westmächte, denen auch Amerika zustimme, anerkennen. In diesem Zusammenhang ist übrigens ein Artikel der „Daily News“ interessant, der auf die umfängliche Mißstimmung in der Arbeiterschaft hinweist, die ihre Ursache in der Weigerung der Regierung habe, ihre Kriegsziele kurz und klar bekannt zu geben. Der Artikel schließt mit der Feststellung, daß in England zwischen Regierung und Volk sich eine tiefe Kluft des Mißtrauens aufgetan habe.

Englands Blutschuld.

Durch den Friedensschluß mit der Ukraine und zugleich mit der Friedenserklärung Trojitz, so schreibt das B. L. W., ist die russische Dampfwalze, die sich seit August 1914 auf dem Wege nach Berlin und Wien befand und von Lloyd George trotz mehrfachen Versagens rücksichtslos immer wieder geheizt wurde, endgültig kriegsgeblieben. Der kriegsverlängernde Lloyd George hat umsonst versucht, aus dem militärischen Zusammenbruch Rußlands noch in letzter Stunde zu retten, was zu retten war. Die Siege Hindenburgs und Ludendorffs und die unvergleichlichen Taten des deutschen Volksheroes verdarben ihm ein für allemal seine Rechnung und erreichten, daß aus dem Zweifrontenkrieg, der Deutschlands Untergang bringen sollte, der Einfrontenkrieg geworden ist, für dessen weitere Führung den englischen Premierminister allein die Verantwortung trifft. Die Ströme von Blut, die nach der Kriegserklärung von Versailles noch vergossen werden sollen, werden lediglich auf den Willen dieses Mannes hin fließen, der der imperialistischen Biele Englands wegen der ganzen Welt, den Kriegführenden sowohl wie den Neutralen, die Hoffnung und den Traum des langersehnten Völkervertrages zerstört hat.

Variante: Schimpft, läßt der Feind auch noch so sehr mit heuchelnden Gebärden — stark bleibt die deutsche Wacht und Wehr: Deutsch muß der Frieden werden!